

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 240 (1967)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1965 bis 31. Mai 1966)

Wird die Weltchronik überhaupt gelesen? Sollte sie nicht durch leichtere Kost ersetzt werden? Gibt es wirklich Leute, die es schätzen, nochmals im Rückblick Erfreuliches und Unerfreuliches eines ganzen Jahres mitzuerleben? Der Chronist hat sich diese Frage stellen müssen, und in der letzten Jahr veranstalteten Umfrage unter den Käufern des „Sinkenden Bot“ hat er sie direkt seinen Lesern gestellt. Das Resultat schmeichelt seiner Eitelkeit: Weit aus der größte Teil der Leser erklärte, die Weltchronik solle wie bisher beibehalten werden. So will sich denn der Chronist bemühen, auch dieses Jahr wieder in knapper Form das Wichtigste aus den vergangenen zwölf Monaten festzuhalten.

*

Die erste Stelle in der Behandlung der ausländischen politischen Ereignisse sei für einmal Frankreich eingeräumt. Noch immer amtiert, man ist versucht zu sagen, in alter Frische, General de Gaulle als Präsident seines Landes. Auch im Berichtsjahr hat es der eigensinnige und starrköpfige Mann verstanden, sich gegenüber allen seinen Konkurrenten durchzusetzen. Immerhin blieben ihm Enttäuschungen nicht erspart. Hart muß es zum Beispiel den General, der von seiner Sendung und von seinen – unbestrittenen – Verdiensten so hoch und heilig überzeugt ist, getroffen haben, daß er nicht im ersten Wahlgang als Präsident seines Landes bestätigt wurde. Fünf andere Kandidaten hatten sich gemeldet, von denen namentlich Mitterrand, ein Linkspolitiker, und der noch jugendliche Lecanuet einen Achtungserfolg erhoffen durften. De Gaulle ließ die Frage, ob auch er noch einmal kandidieren werde, offen, um als geschickter Taktiker und guter Schauspieler die Spannung zu steigern. Erst am 4. November, einen Monat vor den Wahlen, erklärte er öffentlich, „um ein Chaos zu vermeiden“, wäre er bereit, wieder zu kandidieren. Überzeugt davon, daß die Wähler ihn nicht im Stiche lassen würden, ging er sogar so weit, zu versichern, er würde die Wahl nicht annehmen, wenn sie nicht einen eindeutigen Vertrauensbeweis für ihn erbrächte. Um seine

Chancen zu vermehren, hatte er sich zudem noch einen Knalleffekt im wahrsten Sinne des Wortes ausgedacht; denn mit dem Start des ersten Satelliten Europas am 26. November rückte Frankreich zur dritten der Mächte auf, die sich den Weltraum streitig machen können. Das Resultat der Wahl am 5. Dezember war überraschend, gelang es doch dem General nicht, auf Anhieb die absolute Mehrheit zu erreichen. Nur 44% der Wähler stimmten für ihn. Am 19. Dezember erfolgte dann die Stichwahl, an der außer de Gaulle nur noch Mitterrand, der im ersten Wahlgang 32% der Stimmen erzielt hatte, teilnahm. Mit 55% zu 45% bei einer Stimmbeteiligung von 84% siegte de Gaulle nicht eben überzeugend.

Zum Nachdenken Anlaß gibt der Ausspruch de Gaulles, seine Wahl bewahre Frankreich vor dem Chaos. Wäre dem so, dann stünde es schlecht um dieses Land und damit auch um Europa. Wohl ist de Gaulle nun auf sechs Jahre, also bis Ende 1972 gewählt. Aber er steht bereits heute im 76. Altersjahr, und man muß sich fragen, ob er der Belastung des Amtes körperlich und geistig bis zum Ende der Amtsperiode gewachsen sein wird. Darf man wohl aus dem Wahlergebnis den Schluß ziehen, daß doch in den letzten Jahren unter den führenden Leuten der Opposition Persönlichkeiten herangereift sind, die ihrerseits auch wieder für eine handlungsfähige, vom Volke unterstützte Regierung bürgen würden? Hier eine Vorausage zu wagen, ist riskant, doch darf wohl die Lage eher optimistischer betrachtet werden als noch vor einem oder zwei Jahren.

*

Daß mit de Gaulle nicht gut Kirichen essen ist, das erfuhren im Berichtsjahr sowohl die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Brüssel wie auch die Nato. So berief de Gaulle anfangs Juli den ständigen Vertreter Frankreichs bei den EWG-Behörden in Brüssel ab. Man konnte sich über die Finanzierung eines Fonds, aus dem die Unterschiede in den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte der EWG-Länder hätten ausgeglichen werden sollen, nicht einigen. Erst sieben Monate später durfte der Delegierte mit dem Segen de Gaulles wieder aus seinem Schmollwinkel hervorkommen und anfangs Mai gelang es schließlich, eine grundsätzliche Einigung zu erzielen. So ist nun der

Weg frei zu einer weiteren Zollsenkung der EWG-Länder unter sich. Ab 1. Juli 1968, ein halbes Jahr früher als Frankreich ursprünglich wollte, soll nun auch der letzte Zoll abgeschafft werden. Aber auch die Nato, der Nordatlantikpakt, bekam die Seiten-
sprünge de Gaulles zu spüren. Geht er darauf aus, diese seit 1949 bestehende Organisation zur gemeinschaftlichen Verteidigung Europas gegen den Osten zu sprengen? Ein Austritt Frankreichs aus der Nato hätte schwere Folgen für diese Organisation. So befindet sich zum Beispiel ihr Hauptquartier (SHAPE) in Frankreich. Es bahnt sich hier eine Entwicklung an, die unerfreulich ist und zu Bedenken Anlaß gibt. Zwar hat de Gaulle betont, er beabsichtige nicht, die Nato auf den nach Vertrag erstmöglichen Termin im Jahre 1969 aufzukündigen, „sofern nicht die grundsätzliche Art der Beziehungen zwischen Ost und West verändert würde“.

*

Hat sich nun diese Art der Beziehungen zwischen West und Ost in letzter Zeit verändert oder wird sie sich in nächster Zeit verändern? Fast ist man versucht, daran zu glauben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich das Verhältnis West-Ost laufend verändert, und zwar rascher verändert, als man noch vor einem Jahr geglaubt hatte. Zwar wurden und werden immer noch an der Mauer in Berlin von ostdeutschen Volkspolizisten Flüchtlinge kaltblütig niedergeknallt. War das vor noch nicht langer Zeit im einmütigen Urteil des Westens eine Gemeinheit, unwürdig unseres Jahrhunderts und ohne Wenn und Aber verdammenstwert, so

finden sich heute auch in der Schweiz bereits Leute, die Verständnis dafür aufbringen und mit Achselzucken darüber hinweggehen; mit der Begründung, es stehe schließlich jedem Staate frei, gegen Menschen, die sich eines Verstoßes gegen die

Gesetze des Landes schuldig gemacht hätten, vorzugehen wie man wolle! War noch vor relativ kurzer Zeit der Osthandel verpönt, so erachten es heute schweizerische Großindustrielle fast ausnahmslos als notwendig, im Sommer 1966 eine große Leistungsschau der schweizerischen Industrie in Moskau durchzuführen. Man will sich unter allen Umständen ein möglichst großes Stück des Osthandelskuchens sichern, der sonst unter die übrigen europäischen und überseeischen Industrienationen aufgeteilt werden könnte. Galten bis anhin Ferienreisen von Schweizern und andern Westeuropäern nach den Ländern des Ostens als mehr oder weniger anrüchig, so stehen wir heute am Beginn einer eigentlichen Ferienvölkerwanderung von West nach Ost.



Dr. Hans Schaffner
Bundespräsident für das Jahr 1966

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Was schert uns schon die Tatsache, daß es den Leuten im Osten verwehrt wird, Gegenrecht zu halten und ihre Ferien im Westen zu verbringen? Osthandel und Ostkontakte sind Trumpf und wer da nicht mitmacht, muß es sich wohl schon bald gefallen lassen, als Ewiggestriger und verknöchertem Spießer gebrandmarkt zu werden. Das Pendel, das seit der Ungarnkrise nach einer Richtung ausgeschwungen hat, schwingt wieder zurück. Daß es nicht zu weit zurückschwingt, daß die Vernunft und die klare Einsicht in die Tatsache, daß Kommunismus und Freiheit, wie wir sie

meinen, sich gegenseitig ausschließen, obsiegen möchten, das ist doch wohl der Wunsch größter Teile unseres Volkes. Wer immer die Ansicht vertritt, es gelte in der heutigen Zeit der friedlichen Koexistenz die totalitären Staatsformen des Ostens als Faktum hinzunehmen, der sieht einfach an der Tatsache vorbei, daß der Kommunismus nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß er im Endeffekt auf die Weltherrschaft hinzielt und darauf hinarbeitet.

*

Das Ost-West-Problem kommt automatisch wieder zur Sprache, wenn man die Entwicklung in der Deutschen Bundesrepublik verfolgt. Dort wurde im September die bisherige Regierung nach einem in fast amerikanischem Stil ausgetragenen Wahlkampf bestätigt. Mit unerwartet hohem Vorsprung der Regierungspartei, der Christlich-Demokratischen Union, vor der Sozialdemokratischen Partei (47,6 % gegen 38,3 %) hielt sich der bisherige Bundeskanzler Ludwig Erhard an der Macht. Das daran anschließende Tauziehen um die Besetzung der Ministerfessel war dann allerdings nicht dazu angetan, die Vorzüge demokratischer Meinungsbildung ins rechte Licht zu rücken.

Interessant ist der Versuch einer Kontaktaufnahme zwischen den westdeutschen Sozialdemokraten und der ostdeutschen (kommunistischen) Einheitspartei. Durch einen Redneraustausch will man erreichen, gegenseitig bestehende Vorurteile zu entkräften. Das Resultat dieser Bemühungen steht zur Zeit der Berichterstattung noch aus.

Im März 1966, am Vorabend des 23. Parteikongresses der russischen Kommunisten, unterbreitete die deutsche Regierung allen Staaten, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, eine Friedensnote. Darin forderte sie unter anderem die Empfänger auf, auf Kernwaffen zu verzichten, wie das die Bundesrepublik selbst auch tue und im übrigen die Zahl der bereits vorhandenen Atomwaffen nach und nach zu verringern. Das Echo dieses gutgemeinten Vorschlages war aber gering. Es dauerte bis zum Mai, bis die Sowjetunion darauf antwortete. Sie schlug vor, alle Militärbündnisse aufzulösen, also vor allem die Nato und ihr östliches Gegenstück, den Warschauer Pakt, und eine Konferenz der europäischen Länder zur Behandlung des Deutschlandproblems einzuberufen. Der Abschluß eines Friedensvertrages wurde be-

fürwortet, allerdings mit dem deutlichen Hinweis, daß die „nach dem Krieg entstandenen Grenzen“ berücksichtigt werden müßten. Das soll wohl heißen, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands für die Sowjetunion außer Frage steht. Weitere Punkte betrafen die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und das Verbot, Kernwaffen weiter zu verbreiten. Gerade dieser letzte Punkt dürfte besonders illusorisch sein, denn das mehr und mehr erstarrte Rotchina wird sich keinen Deut um solche Abkommen kümmern. Wie rasch der Fortschritt Chinas auf dem Gebiet der Atomtechnik vor sich geht,



Der Weltfriedensrat beschließt Sanktionen gegen Rhodesien.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

bewies nämlich die ungefähr zur selben Zeit erfolgte Explosion der dritten chinesischen Atom-bombe. Zur allgemeinen Überraschung erwies sich aus der Untersuchung der radioaktiven Bestandteile in der Luft nach der Detonation, daß es sich bei der Bombe um eine wesentlich stärkere Kernwaffe gehandelt hatte, als man zuvor annahm. Es kann sein, daß die Bedrohung aus Peking zu immer größerer Annäherung zwischen der Sowjetunion und dem Westen führt, eine Annäherung, die aus den oben angeführten Gründen aber kaum Bestand haben kann. Am 17. November lehnte übrigens die UNO-Generalversammlung zum viertenmal eine Aufnahme Rotchinas ab, mit 47 zu 47 Stimmen bei 20 Enthaltungen. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß in Zukunft für die Aufnahme Rotchinas eine Zweidrittelsmehrheit notwendig sein solle.

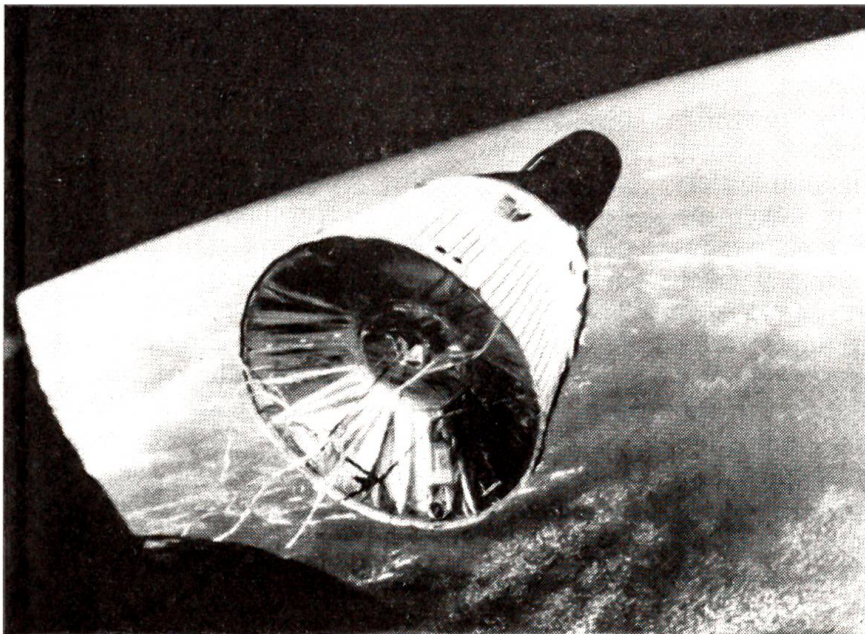
*

In England hielt sich die im Oktober 1964 an die Macht gelangte Labour-Regierung Harold Wilsons trotz ihrer äußerst knappen Mehrheit am Ruder. Viel böses Blut schuf eine ihrer ersten Maßnahmen, nämlich die Einführung eines 15prozentigen Einfuhrzolls, die wegen der schlechten Wirtschaftslage verfügt wurde. Namentlich in der EFTA, der Europäischen Freihandelsassoziation und Gegenstück zur EWG, war man über diesen Rückfall in die Zeit der Zollschranken erbittert, besonders in der Schweiz, in Norwegen und Schweden. Nun soll diese Abgabe, die mittlerweile ermäßigt wurde, im Herbst 1966 ganz wegfallen, da sich das Land etwas erholt hat. Dieser wirtschaftliche Erfolg ließ es Wilson angezeigt erscheinen, das Risiko von Neuwahlen im Frühjahr 1966 auf sich zu nehmen, und mit Erfolg. Seine vorher schon bei Abwesenheit von drei der ihm treuen Abgeordneten gefährdete Stellung wurde durch die bei den Wahlen erreichte recht komfortable Mehrheit deutlich gestärkt. Sorgen bereitete der Regierung im Innern vor allem auch ein Streik aller Seeleute, der das wirtschaftliche Leben in England sehr stark berührte. Dieser Streik dauert im Zeitpunkt der Berichterstattung immer noch an. Aber auch die Außenpolitik lieferte der Regierung einige Anknüpfungen; vor allem ist es dort die Rhodesienfrage, die heute noch nicht gelöst ist. Es war vorgesehen, dem Zuge der Zeit folgend Rhodesien

nach dem Muster vieler anderer afrikanischer Staaten mit der Zeit unter afrikanische Herrschaft überzuführen. Man machte aber die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Fall den Ministerpräsidenten Ian Smith, der nach langen Verhandlungen, in die sich sogar die Königin eingeschaltet hatte, am 11. November die Kolonie unabhängig erklärte. Das führte zum Abbruch der politischen Beziehungen zwischen England und Rhodesien und zur Verurteilung der Haltung der Weißen in Rhodesien durch den Sicherheitsrat der UNO. Mit wirtschaftlichen Sanktionen, unter anderem mit dem Unterbinden von Erdöillieferungen an Rhodesien hofft man nun, Ian Smith in die Knie zwingen zu können. Die Haltung Smiths entbehrt nicht einer gewissen Tragik. Einerseits ist wohl kaum zu bestreiten, daß Rhodesien gut verwaltet ist und die Lage der Schwarzen nicht als menschenunwürdig bezeichnet werden darf. Andererseits ist es Tatsache, daß Smith die Zeichen der Zeit verkennet und nicht einsehen kann, daß die Zukunft in Afrika den Afrikanern gehören muß. Verständnis für seine Haltung wird man ihm dennoch nicht versagen können, namentlich wenn man sieht, mit welchen Geburtswehen andere afrikanische Staaten zu kämpfen haben. Als Beispiel sei hier nur Ghana genannt, wo im Frühjahr 1966 der gottähnliche Herrscher Nkrumah gestürzt wurde. Er hat es verstanden, durch eine Politik des eigennützigen Größenwahns das an sich reiche und zukunftssträchtige Land an den Abgrund des Ruins zu bringen.

*

Das abgelaufene Jahr brachte wiederum große Fortschritte in der Richtung auf die Eroberung des Weltalls. Mit unverminderter Energie versuchen die Vereinigten Staaten und Rußland einander gegenseitig zu übertrumpfen. Spektakulär waren vor allem Spaziergänge, die amerikanische und russische Astronauten im Weltall unternahmen. Das Aussteigen aus der Raumkapsel in den freien Weltraum scheint keine Schwierigkeiten mehr zu bieten, und den Amerikanern gelang sogar das vieldiskutierte Rendezvous im Weltall: Zwei Raumkapseln wurden von ihren Mannschaften während des Fluges fast auf „Tuchfühlung“ aneinander herangesteuert, so daß die Astronauten sich in aller Ruhe über ihre Beobachtungen und



Das ist die Raumkapsel Gemini VII, wie sie die Astronauten Schirra und Stafford von Bord ihres Raumschiffes Gemini VI photographiert haben. Man beachte die sichtbar gewordene Erdrundung.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Erlebnisse unterhalten konnten. Russen und Amerikanern gelang es, Flugkörper weich auf dem Mond landen zu lassen und durch darin installierte Kameras Bilder von der Mondoberfläche auf die Erde zurückzusenden. Die Zeit der ersten bemannten Mondflüge scheint anzubrechen und bereits sind Vorschläge laut geworden, den Mond zu „internationalisieren“, damit nicht Streitigkeiten über seine Verteilung unter den Erdenbürgern ausbrechen.

Die amerikanische Gesellschaft, die sich mit der Nachrichtenübermittlung durch Funk und Fernsehen via künstliche Erdsatelliten befaßt, führte ihre Arbeiten zielbewußt weiter. Tausende von Aktionären haben sich an ihr beteiligt und ihr Optimismus scheint recht zu bekommen: So ist es heute schon fast alltäglich, daß wichtige Ereignisse im entlegensten Winkel der Erde durch das System der Satelliten in Sekundenchnelle auf unsere Bildschirme übertragen werden können. Die Gesellschaft hofft, bereits in einem Jahr trotz ihrer riesigen Aufwendungen den Aktionären eine Dividende ausrichten zu können.

*

Daß der Mensch nicht allzu selbstbewußt werden und in fast frevelhafter Weise die Natur sich unterjochen sollte, daran wurde man im Berichtsjahr durch eine Reihe von Katastrophen erinnert. In der Schweiz war es namentlich der Gletscherabbruch auf die Baustelle des Kraftwerkes Mattmark, der lähmendes Entsetzen und tiefes Mitgefühl mit den Betroffenen auslöste. Am 30. August stürzten riesige Eismassen vom Allalingletscher auf die Arbeiterunterkünfte der Baustelle und begruben 88 Menschen – Italiener, Schweizer, Spanier, Deutsche und Österreicher – unter sich. In gefährvoller und aufopfernder Arbeit konnten bis heute 86 Tote geborgen werden. Aber

auch das Unglück beim Stollenbau in Robiei im Tessin, wo 17 Arbeiter durch giftige Gase ihr Leben lassen mußten, erschütterte die Öffentlichkeit. In Fenzin bei Lyon explodierten in einer der modernsten Raffinerien Europas fünf riesige Behälter mit Propangas und steckten Benzintanks in Brand. Trotz wahrhaft heldenhaftem Bemühen der Feuerwehrleute blieben 13 Menschen in den Flammen und 63 wurden verletzt. Dazu kam eine ganze Reihe von Flugzeugunglücken, von denen der Aufprall einer Maschine der Air India am Montblanc und zwei Abstürze in Japan allein weit über 300 Tote forderten.

*

Doch nun zurück in die Schweiz. Wie schon seit mehreren Jahren müssen wir das Stichwort Hochkonjunktur an die Spitze stellen. Die im letzten Bericht skizzierten Maßnahmen des Bundesrates zur Bekämpfung der Überkonjunktur haben sich nun ein gutes Jahr lang auswirken können. In der Märzsession hob die Bundesversammlung den sogenannten Baubeschluß auf, während der Kreditbeschluß um ein weiteres Jahr verlängert wurde. In der Beurteilung des Er-

folges dieser Maßnahmen ist man sich alles andere als einig. Die einen heben hervor, daß die Grundstücksspekulation gestoppt werden konnte, daß die Bodenpreise eher gesunken seien und daß auch die Zahl der Fremdarbeiter ständig zurückgehe. Die Arbeitsmoral der Fremdarbeiter sei wesentlich besser und der Drang zum Stellenwechsel habe nachgelassen. Die andern anerkennen diese nach Ansicht des Chronisten unbestrittenen Tatsachen wohl zum Teil, weisen aber darauf hin, daß der Lebenskostenindex trotzdem um sage und schreibe 5,4 % in einem Jahr gestiegen

sei, also stärker als je zuvor. Sie machen ferner auf die steigenden Hypothekenzinsen aufmerksam, die für ein Land wie die Schweiz, wo es verglichen mit andern Ländern einen erstaunlich hohen Prozentsatz von Hypothekenschuldnern gibt, alarmierend sei. Eine objektive Beurteilung dieser Faktoren zeigt aber, daß der starke Anstieg der Lebenskosten zu einem guten Teil, nämlich zu etwa einem Drittel, den gestiegenen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und den höheren Mietzinsen zuzuschreiben ist. Die Preissteigerungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse rühren ihrerseits zum großen Teil von den miserablen Witterungsverhältnissen des letzten Sommers her; bei den Mietzinsen ist zu beachten, daß erstmals im Index neuere Mietobjekte – die natürlich höhere Mietzinse aufweisen als Altbauten – miteinbezogen wurden. Gewiß hat die Erhöhung der Hypothekenzinsen unangenehme Nebenwirkungen, wie eben eine Verteuerung der Mietzinse. Aber es muß einmal gesagt werden, daß vielerorts das Ansteigen der Hypothekenzinsen zum willkommenen Anlaß genommen wurde, um Mietzinse in einem Maß zu erhöhen, das man als



Der Brand der Erdölraffinerie von Tenzin bei Yhon

Photopress-Bilderdienst, Zürich

überseht bezeichnen muß. Gerade durch die Erhöhung der Hypothekenzinsen ist es aber andererseits gelungen, spekulative Bauten wegen der zu erwartenden schlechteren Rendite zu verhindern; dadurch senkte sich die Nachfrage nach Land und damit auch dessen Preis. Mit diesen wenigen Worten sei nur angedeutet, wie kompliziert der ganze volkswirtschaftliche Mechanismus und wie schwierig seine Gesamtbeurteilung sind. Es ist deshalb wohl am Platz, mit einer Beurteilung zu warten, bis wir auf eine längere Zeitspanne zurückblicken können.

*

Zum Aufsehen mahnt, in welchem Maß der Bundesrat als Gesamtbehörde auch im abgelaufenen Jahr im Kreuzfeuer der – leider oft unsachlichen – Kritik stand. Eine Versammlung demonstrierender bäuerlicher Kreise wählte sinnigerweise für ihre massiven Angriffe gegen den Bundesrat den Nationalfeiertag und als Ort erst noch das Schlachtfeld von Sempach. Eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hielt es – ein Novum für die Schweiz – für richtig,



Der neugewählte bernische Bundesrat Rudolf Gnägi...

Photo B. Rydegger, Bern

am 3. Oktober öffentlich den Rücktritt von Bundesrat Chaudet zu verlangen. Wenn man auch im Zweifel war, ob dieser seit der Mirageaffäre besonders stark kritisierte Magistrat auf Ende 1965 wirklich zurücktreten würde, so war nach dieser öffentlichen Anpöbelung der Fall klar: Es blieb seinen Kollegen im Bundesrat gar keine andere Wahl, als sich geschlossen hinter ihn zu stellen; denn der Bundesrat als Kollegialbehörde kann sich das unfaire Spiel nicht leisten, einen der Seinen auf eine solche Intervention hin fallenzulassen. Daß dem Bundesrat wegen seiner Konjunkturpolitik

am Zeug geflickt wurde, haben wir schon oben gesehen. Aber auch seine Außenpolitik fand keine Gnade vor den Augen eines Teiles der öffentlichen Meinung. Sie wurde als rückständig, starr und passiv empfunden. Im Urteil jener Kreise warten die Großen dieser Welt darauf, daß die Schweiz die Initiative ergreife, überall dort zum Rechten zu sehen, wo sich ganze Völker in den Haaren liegen. Man darf hier vielleicht erwähnen, daß die Schweiz nie abseits gestanden ist, wenn der Ruf zur Vermittlung oder zur Wahrung fremder Interessen in einem Konflikt an sie erging. Wer aber meint, der Bundesrat sollte sich mit seiner Vermittlertätigkeit aufdrängen, der sieht doch wohl an den Möglichkeiten und Grenzen des Kleinstaates vorbei.

Berechtigten Grund zur Kritik bot indessen die Bundesratswahl vom 8. Dezember, und zwar nicht wegen der Person des Gewählten – dem ehemaligen Regierungsrat Gnägi geht gerade im Kanton Bern der Ruf eines geraden, klaren und zielbewußten Mannes voraus – sondern wegen des Wahlverfahrens. Immer weniger wird verstanden, daß fähige Leute nur deswegen nicht Bundesrat werden können, weil im Augenblick der Wahl nicht ihre Partei, ihre Muttersprache, ihr Kanton oder ihre Konfession an der Reihe ist, den neuen Bundesrat zu stellen. So erregte es nicht geringes Aufsehen und fand kräftige Zustimmung,

als sich die Freisinnige Partei der Schweiz an ihrem Parteitag im Mai 1966 zum Gedanken einer Revision dieses Verfahrens bekannte. Sie sieht die Zahl von 11 Bundesräten als richtig an und möchte auch die allzu starren Vorschriften bezüglich der Kantonsangehörigkeit der Bundesräte lockern.

*

Das Berichtsjahr brachte eine Seltenheit: Keine einzige eidgenössische Abstimmung. Hingegen schritten die Stimmberechtigten des Kantons Bern dreimal zur Urne. Am 3. Oktober wurden verschiedene Gesetze angenommen, darunter das neue

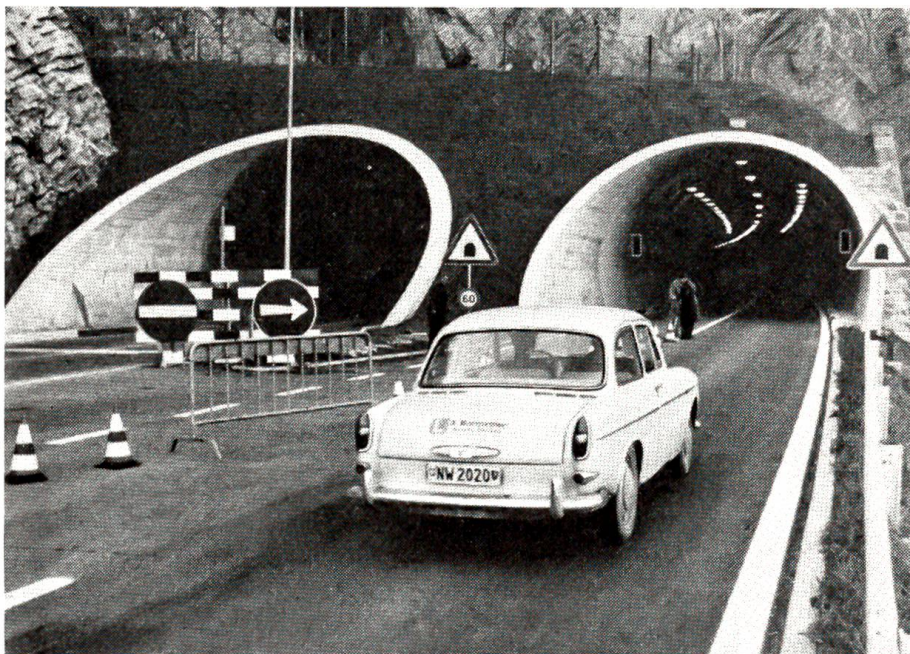
Enteignungsgesetz und das im Großen Rat recht umstrittene Gesetz über Erziehungs- und Versorgungsmaßnahmen. Zudem wurden Frauen als wählbar in alle Richterämter erklärt. Am 17. April genehmigte man unter anderem das Einführungsgesetz zum neuen eidgenössischen Arbeitsgesetz und das Lehrerbildungsgesetz und unterstützte auf kantonaler Ebene die vom Bund ins Leben gerufene Aktion „Dach über dem Kopf“, die die Wohnungsnot zum Verschwinden bringen oder doch lindern soll. Erneut sind leider wie schon bei früheren solchen Aktionen die gesetzlichen Bestimmungen derart verflausuliert und kompliziert, daß ihre Nichtanwendung aus diesem Grunde nicht besonders überraschen würde. Im übrigen scheint vielerorts der Höhepunkt des Wohnungsmangels überschritten zu sein. Immer mehr wird aus dem Wohnungsproblem ein Mietzinsproblem, sind doch die meisten der leerstehenden Wohnungen für den Durchschnittsbürger einfach nicht erschwinglich. Allein schon die Tatsache, daß es überhaupt wieder leerstehende Wohnungen gibt, wird aber mit der Zeit eine gewisse preisregulierende Wirkung ausüben und die ärgsten Übermarchungen in den Mietzinsforderungen zum Verschwinden bringen. Schließlich war der 8. Mai der große bernische Wahltag, wurden doch über dieses Wochenende der neue Große Rat und der Regierungsrat für vier Jahre gewählt. Während im Regierungsrat die durch das Ausscheiden der Regierungsräte Moine und Gnägi freiwerdenden Sitze kampflos durch den Jurassier Kohler und den bisherigen Oberrichter Zoberg besetzt wurden, brachten die Großenratswahlen Überraschungen. Eine Einbuße von 6 bzw. 2 Sitzen hatten die Freisinnigen und die Sozialdemokraten zu beklagen, während die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, das Junge Bern, der Landesring und die Christlichsoziale Partei Sitze gewannen. Es scheint sich hier eine gesamteidgenössische Entwicklung abzuzeichnen, die



...und sein hochverdienter Amtsvorgänger, Bundesrat F. L. Wahlen

Photo W. Rydegger, Bern

Entwicklung nämlich, daß der Stimmbürger den großen und traditionellen Parteien, die mit der Regierungsverantwortung belastet sind, den Rücken kehrt und sich eher den kleineren, den Splitterparteien zuwendet. Eingeweihte Kreise befürchten, daß die neue Zusammensetzung des Großen Rates zu einer weiteren Verschärfung der Jurafrage führen könnte. Wie heikel diese Frage geworden ist, bewiesen Demonstrationen anlässlich der Verurteilung der drei Terroristen, über deren Un-



Der zweite Loppertunnel am Vierwaldstättersee konnte Ende des Jahres 1965 dem Verkehr übergeben werden. Die Spitzenfrequenzen dieser Straße liegen an Sonntagen bei 30 000 Wagen.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

taten unter dem Namen Force de la Libération du Jura wie früher schon berichtet haben. Das Urteil des Bundesstrafgerichtes in Lausanne vom 18. März, das den Haupttätern 8 bzw. 7 Jahre Zuchthaus und einem Mitläufer ein Jahr Gefängnis beschränkte, darf wohl im großen und ganzen als ausgewogen und gerecht bezeichnet werden.

*

Oben wurde schon erwähnt, daß das Wetter und andere widrige Umstände unserer Landwirtschaft im vergangenen Jahr mit Ausnahme der letzten drei Monate nicht gewogen waren. So war der vergangene Juli der regenreichste in den letzten hundert Jahren und schon im Juni erreichte zum Beispiel der Bodensee seinen höchsten Stand seit 1926. Der September brachte erneut Unwetter, so namentlich im Tessin, wo gewaltige Regensmengen zu Überschwemmungen und Erdrutschen führten, die zwei Todesopfer forderten. Katastrophal hauste auch die Maul- und Klauenseuche, die seit Jahrzehnten nie mehr so heftig wütete wie im Berichtsjahr. Fast die ganze Schweiz

wurde davon betroffen und Zehntausende von Tieren mußten notgeschlachtet werden. Da in den Schlachthöfen das ständige Personal der fast pausenlos eintreffenden Tiertransporte nicht mehr Herr wurde, bot der Bundesrat sogar Truppen auf, um den ununterbrochenen Betrieb in den Schlachthöfen aufrecht zu erhalten. Eine gesamtschweizerische Großaktion unter dem Patronat von alt Bundesrat Wahlen zugunsten der schwerbetroffenen Landwirte half mit, die größten materiellen Schäden zu lindern.

*

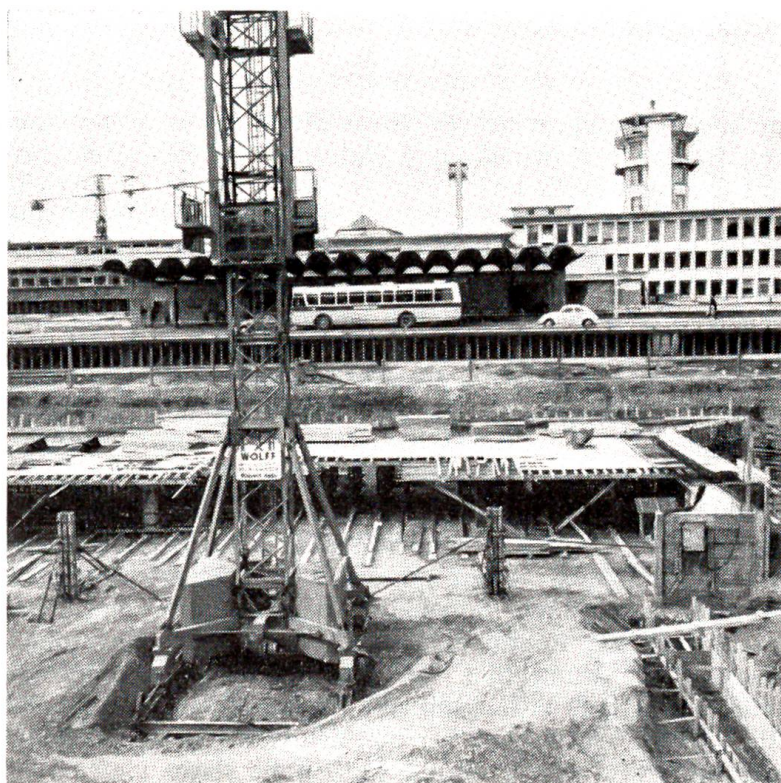
Im Nationalstraßenbau brachte das Berichtsjahr einige ganz wesentliche Fortschritte. So wurden zum Beispiel die Arbeiten

an der schwierigen Lopperstrecke am Vierwaldstättersee tatkräftig weitergeführt. Ferner konnte auf der Autobahn Bern–Zürich ein weiteres Teilstück bis Densingen eröffnet werden, das nun allerdings vorläufig nicht dem Verkehr nach Zürich, sondern demjenigen nach Basel dient. Im nächsten Jahr hofft man, die Fortsetzung bis Lenzburg eröffnen zu können. Zwei neue Umfahrungen konnten ebenfalls in Betrieb genommen werden, im November diejenige von Chur und im Mai diejenige von Muri bei Bern. Im gleichen Monat veröffentlichte der Bundesrat das neue Programm für den Nationalstraßenbau, das sich vom alten aus Kostengründen durch eine gewisse zeitliche Erstreckung auszeichnet.

Dem Bundeshaushalt machen aber nicht nur die steigenden Kosten der Nationalstraßen zu schaffen. Im Berichtsjahr gab namentlich der Entscheid des Bundesrates betreffend die Arbeitszeitverkürzung des Betriebspersonals des Bundes zu diskutieren. Das Betriebspersonal der Bundesbahnen und der PTT arbeitet heute noch 46 Stunden in der Woche.

Die Personalverbände forderten sofortige Reduktion um zwei Stunden, weil sie geltend machen, daß die 44-Stunden-Woche in der Privatindustrie praktisch überall verwirklicht sei. Immerhin ist festzuhalten, daß heute noch mehr als die Hälfte aller in der Wirtschaft tätigen Arbeiter während 46 und mehr Stunden in der Woche arbeitet. Der Bundesrat, der früher in eigener Kompetenz bereits die Arbeitszeit des Personals von 48 auf 46 Stunden herabgesetzt hatte, erklärte nun, er sei zur Bestimmung der Arbeitszeit gar nicht kompetent; vielmehr habe das Parlament darüber zu entscheiden. Er schlug vor, auf Ende Mai 1967 die Arbeitszeit um eine Stunde zu reduzieren, und verlangte die Ermächtigung, eine weitere Stunde zuzugeben, sobald es die Verhältnisse erlauben würden. Über diesen Entscheid herrschte große Enttäuschung beim Betriebspersonal von SBB und PTT; es kam zu Demonstrationen und sogar zu Streikdrohungen. Die Sommeression der eidgenössischen Räte wird über diese Frage zu entscheiden haben. Die Haltung des Bundesrates ist verständlich, wenn man sieht, daß der Reingewinn der PTT, der für 1965 mit 40,7 Millionen Franken budgetiert war, in der Rechnung auf 19 Millionen zusammenschrumpfte, und daß auch die Bundesbahnen nur noch gerade 173 000 Franken Reinertrag ausweisen konnten. Daß im Bund gespart werden muß, darüber ist man sich eigentlich allseits einig. Wo aber gespart werden kann, darüber gehen die Meinungen erheblich auseinander. So verkürzte zum Beispiel das Parlament das angeforderte Rüstungsbudget des Bundesrates um einen runden Betrag von 100 Millionen und überließ es den zuständigen Organen, wie diese 100 Millionen eingespart werden sollten. Bedauerlich ist, daß man sich daraufhin in der Verwaltung nicht sofort mit aller Behemung dafür einsetzte, diese 100 Millionen durch echte Einsparungen – z.B. durch den Verzicht auf die Durchführung an sich

wünschbarer, aber nicht absolut notwendiger Kurse – zu erreichen, ja vielleicht gar zu überbieten. Man stellte sich auf den Standpunkt, die 100 Millionen könnten zwar eingespart werden, doch führe diese Einsparung nur zur Verschiebung von notwendigen Anschaffungen, von Anschaffungen, die dann später doch noch und zu teureren Preisen getätigt werden müßten. Man darf dem Ausgang dieses Experimentes mit einer gewissen Spannung entgegensehen. Am schwierigsten scheint der Abbau der Bundesausgaben dort zu sein, wo es sich um Subventionen handelt. Das Total der Subventionen belief sich im Budget 1966 auf 1394 Millionen; das ist fünfmal mehr als noch im Jahre 1951. Die Liste der Subventionsempfänger, der wir ganz wahllos die nachstehenden Zahlen entnehmen, ist ein Dokument, dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist. Vom Inter-



Erweiterung des Flughafens Kloten
Die Gelegenheit wird benützt, um bereits eine Untergrundstation für die geplante U-Bahnlinie Zürich-Kloten zu errichten. Bis zur Verwirklichung dieses Projektes dient der Bahnhof als Autoeinstellhalle.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

verband für Skilaut, der Fr.100 bezieht, über den Schweizerischen Matschhüttenverband mit Franken 120 000 bis zum Eidgenössischen Turnverein mit Fr. 310 000, vom Verband der Militär-Rüchenchefs mit Fr. 600 über den Schweizerischen Gewerkschaftsbund mit Fr. 58 000 zum landwirtschaftlichen Beratungsdienst mit 2,5 Millionen Franken sind weite Wege. Jeder mit Subventionen Bedachte ist der Auffassung, er erhalte ohnehin zu wenig, so daß er an seiner Subvention keine Abstriche mehr zulassen könnte. Solange diese Mentalität weiterhin besteht und sich nicht ändert, solange wird es schwierig sein, eine effektive Einsparung im Haushalt des Bundes zu erreichen.

*

An einem Wendepunkt scheinen wir auf dem Gebiete der Stromerzeugung in der Schweiz angelangt zu sein. Der Ausbau unserer Wasserkraftwerke nähert sich dem Ende. Die Wasserkraftwerke, die in der Schweiz heute noch erstellt werden könnten, haben meist den Nachteil, daß sie unwirtschaftlich sind und ihren Strom viel zu teuer produzieren. Zudem mehren sich die Stimmen aus den Kreisen des Heimat- und Naturschutzes, die mit Zug und Recht davor warnen, das hinterste und letzte Gewässer unseres Landes für die Stromversorgung nutzbar zu machen. So mußten zum Beispiel bei den Engadiner Kraftwerken sehr erhebliche Summen abgeschrieben werden, um den Weiterbau der Kraftwerkanlagen überhaupt zu ermöglichen; ohne diese Maßnahme hätte ein horrendes Preis für den erzeugten Strom herausgeschaut.

Große Beachtung fand auch der Entschluß, das Rheinkraftwerk Koblenz, in das bereits 14 Millionen Franken investiert waren, nicht mehr zu bauen und die Landschaft in den vor Beginn der Bauarbeiten bestehenden Zustand zurückzusetzen. Heftig geht der Kampf auch um die Narekraftwerke bei Glumenthal und bei Bannwil, und im Oberland meldet sich eine kräftige Opposition gegen den Ausbau der von den BKW geplanten Kraftwerke. Erfreulich ist, daß die Nordostschweizerischen Kraftwerke die Initiative ergriffen haben, in Bezau im Kanton Aargau ein Atomkraftwerk zu bauen. Der Grundstein ist gelegt und in einigen Jahren soll dort bereits Energie erzeugt werden können. Auch die Bernischen Kraft-

werke planen ein Atomkraftwerk in der Gegend von Mühleberg, und ein drittes Atomkraftwerk soll in die Gegend von Kaiseraugst am Rhein zu stehen kommen. Es kann heute nicht mehr zweifelhaft sein, daß die Zukunft den Atomkraftwerken gehört, zu denen die bereits bestehenden Wasserkraftwerke eine willkommene Ergänzung bilden.

*

Zum Schluß noch ein bunter Strauß von kleineren Ereignissen, die im Berichtsjahr die Öffentlichkeit beschäftigt haben. So hat die EXPO 1964 definitiv ihre Rechnung abgeschlossen. Es bleibt bei einem Defizit von 45 Millionen Franken, das durch Beiträge und Garantien gedeckt ist. Dieser finanzielle Mißerfolg dürfte wohl für einige Zeit den Gedanken an eine weitere Landesausstellung aus Abschied und Traktanden fallenlassen. – Vor 92 Jahren wurde in Bern der Weltpostverein gegründet. Seit seiner Gründung sind seine Direktoren immer Schweizer gewesen und erst im Mai 1966 wurde der bisherige altershalber zurücktretende Weltpostdirektor Weber durch einen Nichtschweizer, durch den Ägypter Dr. Michel Rahi, ersetzt. Das Bedauern über den Bruch dieser Tradition wird etwas gemildert durch die Tatsache, daß der Sitz des Weltpostvereins nach wie vor in Bern bleiben wird. Es hatten sich verschiedene ausländische Städte zur Übernahme des Sitzes dieser Organisation gemeldet, doch entschloß sich der Verwaltungsrat, definitiv in Bern ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten und somit seinen Sitz weiterhin in der Schweiz zu belassen. – Am 2. Mai 1966 wurde eine weitere Tradition gebrochen, nämlich die Tradition der Ausbeutung des Eisenerzes am Gonzen bei Sargans. Dieses einzige schweizerische Eisenbergwerk hatte namentlich während den Jahren des Zweiten Weltkrieges eine sehr erhebliche Bedeutung, half es doch mit, unsere Landesversorgung mit Eisenerz zu sichern. Vielleicht erinnere man sich in späteren Notjahren wieder einmals dankbar dieses Eisenerzlagers, wenn es auch heute absolut verständlich ist, daß die unrentable Produktion unter den gegenwärtigen Umständen eingestellt werden mußte. – Der Siegeszug des Fernsehens in der Schweiz dauert an. So zählte man Ende März dieses Jahres 625 000 Teilnehmer, doch machte auch das Radio weiterhin Fort-

Schritte. Von den über 1,6 Millionen Radio-Konzessionären haben heute bereits 423 000 daneben auch noch das Fernsehen installiert.

Der Kampf um die Berner-Alpenbahn-Gesellschaft, bekannter unter der Abkürzung BLS, wurde im abgelaufenen Jahr wohl entschieden. Der Große Rat ernächtigte nämlich die Regierung, in Verhandlungen über den Verkauf der BLS und der von ihr mitbetriebenen Linien an die SBB einzutreten. Das Volksbegehren, das diese Kompetenz dem Volk, anstatt dem Großen Rat hatte zuhalten wollen, wurde daraufhin zurückgezogen. Man rechnet damit, daß auf Ende 1967 der Übergang an die SBB erfolgen könnte. Unter diesen Umständen wird wohl das Gesuch um Übernahme des größten Schmalspurbahnnetzes der Schweiz, desjenigen der Rhätischen Bahnen, nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Der sterbende Marschall „Vorwärts“

Als Blücher in Schlesien auf dem Sterbebett lag, besuchte ihn der König und sprach von Hoffnung auf Wiedergenesung. Blücher erwiderte ruhig: „Ew. Majestät wissen wohl, mein Weg geht vorwärts; ich fühle, daß ich nicht mehr weit vom Ziele bin und umkehren, das war nie meine Sache!“

Inferat. Der Verkauf meiner seligen Frau auf dem Geflügelmarkt wird durch ihren Tod nicht beeinträchtigt, sondern von mir ungestört weitergeführt. J. Gänswürger

Seine Auffassung. Ein kleiner Junge, der die ersten Hosen an hat, springt vergnügt umher und ruft: „Ich bin ein Hosenträger, ich bin ein Hosenträger.“

Anders herum. „Der Anzug kostet natürlich mehr, wenn ich den Kaufpreis in Raten entrichte?“ – „Keinen Rappen! Aber bei Barzahlung gewähre ich Ihnen zwanzig Prozent Rabatt!“

Begeisterte Ovationen. A.: „Warum ist denn die Sängerin so ärgerlich? Sie hat doch fünf schöne Sträuße gekriegt!“ – B.: „Ja, aber sie hatte sechs bezahlt.“

Tüchtige Leute

Direktor Klett saß mit seiner Frau gemütlich am Frühstückstisch, als das Telephon läutete.

„Nicht einmal frühstücken kann man in Ruhe!“ kollerte Klett und knallte mit der Faust auf den Tisch.

„Ich gehe ja schon hin“, besänftigte ihn seine Frau. „Iß du nur in Ruhe weiter!“

Klett machte sich daran, sein Fünfminutenei mit dem Messer zu köpfen, während seine Frau in der Diele telephonierte. „Was gibt es denn?“ fragte er, als sie gleich darauf wieder hereinkam.

„Nun, ich erst einmal dein Frühstück.“

„Ich will aber wissen, was los ist!“ rief Klett.

„Es brennt“, erklärte Frau Klett.

„Wo brennt es?“

„In deinem Büro!“

„Was sagst du da?“ rührte Klett und sprang auf, daß das Frühstücksei aus dem Becher purzelte.

„Nun, reg dich doch nicht gleich so schrecklich auf! Denk an dein Herz!“ meinte seine Frau.

„Ich soll mich nicht aufregen? In meinem Büro brennt es, und da soll ich mich nicht aufregen? Hol sofort meinen Mantel und Hut! Hörst du nicht? Ich will Mantel und Hut haben.“

„Aber du könntest doch wenigstens erst zu Ende frühstücken“, seufzte Frau Klett mit vorwurfsvollem Blick.

„Bist du denn von allen guten Geistern verlassen?“ tönte Klett. „Da muß ich doch sofort hinfahren! Begreiffst du denn das nicht? Auf der Stelle muß ich doch sofort hinfahren! Begreiffst du denn das nicht? Auf der Stelle muß ich ins Büro!“

Seine Frau schüttelte den Kopf. „Unsinn! Du hast schließlich genug tüchtige Leute im Büro. Was willst du denn da noch? Ich an deiner Stelle würde überhaupt nicht hinfahren.“

„Tüchtige Leute! Was heißt das schon? Hier – hier steht doch jetzt alles auf dem Spiel!“

„Sie werden die Sache schon meistern“, sagte Frau Klett. „Da mache ich mir gar keine Sorgen.“

„Meinst du wirklich?“ murmelte Klett. „Glaubst du, daß ich mich ganz sicher auf sie verlassen kann?“

„Ganz bestimmt! Wo sie doch alle schon seit Jahren bei dir arbeiten. Da kann doch gar keiner so dumm sein, deine Geschäftsbücher nicht verbrennen zu lassen!“